



21. Oktober 2004

## Presseinformation

**Jürgen Weber und Angelika Birk:**

**Auch eine Sackgasse in die richtige Richtung bleibt eine Sackgasse!**

*Zur Ablehnung des SSW-Antrages zur Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit auf sechs Jahre im heutigen Bildungsausschuss erklären die bildungspolitischen Sprecher von SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Jürgen Weber und Angelika Birk:*

Wir sind uns mit dem SSW darüber einig, dass unser Schulsystem von Grund auf reformbedürftig ist. Aus den Erfahrungen anderer Länder ziehen wir den Schluss, dass die Sortierung 10-jähriger Kinder auf Schulen mit unterschiedlichem Leistungsprofil ein gescheiterter deutscher Sonderweg ist.

Unsere beiden Parteien wollen künftig die Kinder und Jugendlichen in einer gemeinsamen Schule für alle unterrichten, in der die bisherige Primar- und Sekundarstufe I zusammengefasst werden. Dies wird nicht von heute auf morgen durch die Änderung einiger Paragraphen im Schulgesetz umzusetzen sein. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch, der sich in der öffentlichen Diskussion auch schon sehr deutlich abzeichnet.

Der vom SSW vorgeschlagene Schritt führt in die richtige Richtung, würde sich aber als Sackgasse erweisen, weil er die Sortierung der Kinder nur um zwei Jahre hinauszögert. Dies löst das grundsätzliche Problem des deutschen Bildungswesens nicht.

Verantwortlich:

**Petra Bräutigam**  
Pressesprecherin der  
SPD-Landtagsfraktion  
Tel.: 0431/988-1305  
Fax: 0431/988-1308

**Claudia Jacob**  
Pressesprecherin der Fraktion von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Tel.: 0431/988-1503  
Fax: 0431/988-1501

Wir werden bei allen Schritten zu einer grundlegenden Schulreform die Erfahrungen der dänischen Minderheitenschulen und der Schulen im Königreich Dänemark, aber insbesondere auch in den Ländern auswerten, die beim PISA-Test wesentlich erfolgreicher abgeschnitten haben.

Darüber hinaus widerspricht es unserem Demokratieverständnis, wenige Monate vor der Landtagswahl eine solche grundlegende Reform ins Schulgesetz zu schreiben. SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stellen sich mit ihren weitergehenden Vorschlägen zur Bildungsreform der Entscheidung der Wähler und werden nach dem 20. Februar 2005 ihre Vorhaben in der Regierungsverantwortung umsetzen.